Fraktionen CSU und BÜNDNIS90 /DIE GRÜNEN – ödp sowie USU

An Herrn 1. Bürgermeister Heyland,
sowie die Damen und Herren des Gemeinderats
85579 Neubiberg

Neubiberg, den 10.02.15

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CSU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-ödp und USU 100% Uni

Unterbringung von Asylbewerbern: Vorrangige dezentrale Unterbringung und kleinere Sammelunterkünfte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heyland,

mit der Bitte um Weitergabe an die Fraktionen und die Verwaltung stellen wir im Namen der o.g. Gemeinderatsfraktionen folgenden Antrag:

I. Antrag

1. Der Gemeinderat Neubiberg bekennt sich zu seiner Verpflichtung, Asylbewerber rasch unterzubringen. Sie sollen möglichst dezentral untergebracht werden. Sammelunterkünfte finden im Gemeinderat nur Zustimmung, wenn sie möglichst klein sind und die bis dahin zur Verfügung gestellten dezentralen Unterkünfte nicht ausreichen.

2. Dem Landratsamt München (LRA) werden unverzüglich folgende Liegenschaften vorübergehend für 3 Jahre zur Anmietung für Asylbewerber angeboten:

a) Wittelsbacher Straße 1, die Wohnungen im 1. und 2. Stock
b) Walkürenstraße 16

Für die gegenwärtig in der Wittelsbacher Straße 1, 1. Stock untergebrachten Lagerräume der Volksbühne, ist ein anderer Raum zu suchen. Vorgeschlagen wird hierfür einer der Kellerräume im HfW, sofern kein anderer Raum gefunden werden

kann.

3. Auf dem Grundstück auf der Heid (Fl. Nr. 147/13) werden nach der geplanten Fertigstellung 25% der Wohnungen dem LRA zur befristeten Anmietung zur Unterbringung von Asylbewerbern angeboten.

4. Der Gemeinde gehören 73 Wohnungen. Jede durch Mieterwechsel freigewordene Wohnung, die nicht Sozialwohnung ist, wird bis auf Weiteres dem LRA zur Unterbringung von Flüchtlingen angeboten.
Die Baugesellschaft München Land wird unverzüglich über den Beschluss unterrichtet. Der Gemeinderat ist stets von dem Auszug eines Mieters zu informieren.

5. Für die Sammelunterkünfte wird als Alternative/zusätzlich zur Äußeren Hauptstrasse als geeignet angesehen:
a. das Wiesenstück südlich des alten Feuerwehrhauses
b. das Grundstück in der Hauptstraße schräg gegenüber der Einmündung der Lena-Christ-Straße.
c. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt:
(1) dem LRA diese Grundstücke zu melden, um sie vom LRA auf Ihre Eignung hin überprüfen zu lassen, sowie
(2) alle anderen gemeindlichen Grundstücke auf Ihre Eignung für kleine Sammelunterkünfte zu prüfen und dem Gemeinderat vorzulegen.

6. Der Bürgermeister wird beauftragt, binnen Monatsfrist ein persönliches Schreiben an alle Haushalte und Grundbesitzer in Neubiberg zu verfassen. Neben der Information über diese Schritte des Gemeinderates und mit der Bitte um Unterstützung der Gemeinde, Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen, sollen die Vorteile einer Vermietung an das LRA (z.B. solventer Schuldner, Renovierung bei Auszug) aufgezeigt werden.

II. Begründung

Die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Vorurteile und Ängste können schneller abgebaut werden, wenn man sich besser kennenlernt. Auch das Erlernen der Sprache – ein Schlüsselfaktor für die Integration – fällt deutlich leichter, wenn man im Kontakt ist. Eine Sammelunterkunft mit bis zu 150 Menschen führt zur Isolation, die offensichtliche Sonderbehandlung zur Ausgrenzung. Die Gefahr, rassistischer Ressentiments bei den Bürgern Neubibergs steigt.

Die Gemeinde muss sofort als leuchtendes Beispiel vorangehen und die Menschen unterstützen, ihr Leben nach zum Teil traumatischen Erfahrungen, eigenständig und

verantwortlich zu gestalten.
Die Gemeinde soll die Initiative und Gestaltungsmöglichkeiten wieder in die Hand bekommen.

Rasch und unkompliziert können im ersten Schritt ungenutzte gemeindliche Liegenschaften zur Unterbringung bereit gestellt, die Suche nach weiteren geeigneten Unterkünften intensiviert werden. Die Überlegungen zur Errichtung von Sammelunterkünften bekommen eine nachgeordnete Bedeutung. Wenn überhaupt, kommt die Unterbringung von Flüchtlingen in Form von zwei (bis drei??) kleineren Sammelunterkünften im Gemeindegebiet in Frage. Nur so können die Probleme gemindert und auf die Gemeinde verteilt werden. Wichtig ist dabei vor allem die Aufteilung der Sammelunterkünfte.
Zudem ist die Integration durch eine sukzessive Aufnahme der Asylbewerber für beide Seiten leichter.

Die Bereitschaft der Neubiberger Bürger ist groß, die Flüchtlinge nach Ihrer Ankunft zu unterstützen. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der hohen Mitgliederzahl des ehrenamtlich tätigen Helferkreises Pro Asyl, der hohe Zulauf spricht eine eindeutige Sprache.
Diese vorhandene Willkommenskultur gilt es zu unterstützen und auch auf der politischen Ebene zu leben.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Pardeller (CSU)	Kilian Körner (Grüne)	Sebastian Pflumm (USU)